

3. Lichtholomatet
Belgien 4. Nach
hen. Preis heute
und zwar für Ost
50 H. im Klein-
stetlich lebhaft.

ate beziehen und
t. —
erwerben?

ird man sich heute
Koch weniger als
in gewissen Kapi-
werke nachgeben
tigen Leistung da-
um zu Reichtum
if technischem Ge-
tweber eine große
e Carlo zu spre-
chi pärtlich gefat,
er reich geworden,
für die Preussisch-
im Voraus fest,
vinnahme ist groß
um Wohlstand zu
den zu betrachten.
Glück ist dem ner-
schieden vorzuzie-

einde Nagold

Schreiner, hier
hier 1 Sohn; Aus-
Sept.: Kuchler,
13.: Henne,
16.: Dippon,
14.: Schmitt,
affene Aufgebote:
d. Maler in Na-
gold und Broke,
in Nagold, 27.:
Carle, Emilie,
lungen: 5. Sept.:
in Nagold und
in Nagold, 10.:
ufen und Rath,
n. Gottlieb, led.
Maria, Barbara,
eine.

bronn / Nag-
rial M. Freu-
Hirau.

Donnerstag und

einschließlich der
schaft" und die

INT:

ORK

elektrische

hine

699

igen werden

gold

gold

eim

Be 32

446

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“
„Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt
bzw. Agenten monatl. RM. 1,50 einschl.
13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug
durch die Post monatl. RM. 1,40 einschl. 15 Pfg.
Postzustellgeb., wöchl. 36 Pfg. Beleggeb.
Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftl. Druck und
Verlag: G. W. Zeller (Inh. R. Zeller), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage:
„Haus, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Borsig-Zeile ober
deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J.
Kellamerselle 60 J., Sammel-Anzeigen 50%
Aufschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen
in bestimmten Ausgaben und an besonderen
Plätzen, wie für telefon. Aufträge und Chiffre-
Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postf. Kto. Stuttgart 6113

Nr. 246 Gegründet 1827 Donnerstag, den 20. Oktober 1932 Fernsprecher Nr. 29 106. Jahrgang

Der Klepperausschuß

Berlin, 19. Okt. Im weiteren Verlauf der Vernehmung des früheren Finanzministers Dr. Klepper vor dem Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags über die Geschäftsabwicklung der von ihm früher geleiteten Preußenkasse gibt Klepper an, es habe sich bei der Beteiligung mit 2 Millionen an die Görreshaus-Gesellschaft in Köln, zu der die Köln. Volkszeitung gehöre, darum gehandelt, diese Zeitung aufrechtzuerhalten. Die preussische Regierung habe keinerlei Sicherheit für die politische Richtung verlangt. Mit einem Verlust aus dem Geschäft mit der Köln. Volkszeitg. habe man allerdings rechnen müssen, und es sei dann auch keine Dividende mehr bezahlt worden. Ueber dieses Risiko sei er sich von Anfang an klar gewesen. Das Geschäft habe er mit ausdrücklicher Genehmigung des damaligen Finanzministers Höpfer-Archoff gemacht.

Abg. Dr. Muls fragt, was der Grund gewesen sei für den Verkauf von Aktien der „Germania“. Klepper antwortet: Man habe alle Aktien, deren man habhaft werden konnte, aufgekauft, um zu verhindern, daß ein bestimmter Großaktionär die absolute Mehrheit und damit den bestimmenden Einfluß auf das Blatt erwerben konnte. Auf die Zwischenfrage, wer das gewesen sei, sagt Klepper: Der Herr Reichstanzler. (Bewegung.)

Auf eine weitere Frage, ob die Preußenkasse auch für die Reichspräsidentenwahl an die betreffenden Parteien Gelder gegeben habe, antwortet Klepper, darüber könne er ohne die Erlaubnis des früheren Staatsministers nichts auslegen.

Darauf wird Ministerpräsident Braun vernommen. Er gibt an, daß er im Einvernehmen mit den Ministern Hirtfelder und Höpfer-Archoff keine Bedenken gegen die Hingabe der Gelder an die Kölnische Volkszeitung gehabt habe. Wie das Geschäft gemacht wurde, darum habe er sich nicht gekümmert. Minister Hirtfelder bekennt, auch er habe keine Bedenken gehabt, bei der Umbildung der Görreshaus-Gesellschaft m. b. H. das Geld zu geben. Man habe befürchten müssen, daß in dem Grenzblatt ausländisches Geld angelegt würde.

Abg. Reddermeyer (Komm.): Sie haben auch Aktien der in Berlin erscheinenden „Germania“ aufkaufen lassen. Geshah das vielleicht auch aus grenzpolitischen Gründen gegenüber Herrn von Papen? (Heiterkeit.) Hirtfelder: Wir hatten selbstverständlich ein Interesse daran, daß die Germania nicht in eine bestimmte politische Richtung hineinfalle, die dem Staatsinteresse entgegenstand. Vorführender: Fürchten Sie damals schon Herrn von Papen mit seinem Aktienbesitz in der Germania? Hirtfelder: Das kann sein. (Große Heiterkeit.)

Dr. Muls (RE.) hält es für erforderlich, daß Reichstanzler von Papen darüber gehört werde, ob er etwas von dem Ankauf der Germania-Aktien wisse. Mit großer Mehrheit wird beschlossen, Reichstanzler von Papen, Staatssekretär Bland und den Präsidenten Helfferich von der Preußenkasse und einige andere Zeugen zu laden.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde beschlossen, das Staatsministerium zu ersuchen, dem Zeugen Klepper die Auslagegenehmigung über die Frage zu erteilen, ob die Preußenkasse während des Reichspräsidentenwahlkampfes Gelder für einen Wahlauschuß hergegeben habe.

besonders in Eupen und Walmedy in deutschnationalem Sinn gewirkt habe.

Als der Vorsitzende den Zeugen Muls sofort vereidigen will, macht das Zentrum geltend, daß in allen Untersuchungsausschüssen die Zeugenvereidigung erst am Schluß erfolge. Schließlich meint Abg. Muls (RE.), er habe gleichfalls Bedenken gegen die Vereidigung des Zeugen Muls, weil verschiedene seiner Aussagen offenbar unrichtig seien, so daß der Ausschuß sich unter Umständen einer Mittäterchaft beim Reineid schuldig machen könnte.

Die Vernehmung von Direktorialmitgliedern bei der Preußenkasse ergab, daß das Direktorium der Meinung war, es handle sich bei der Beteiligung an der Kölnischen Volkszeitung um ein Geschäft der Preußenkasse. Direktor Lütke von der Heimbank, jenseit Institut, über das die Gelder der Preußenkasse an die Kölnische Volkszeitung überwiesen wurden, sagte aus, die entsprechenden Abmachungen habe er mit Präsident Klepper mündlich getroffen. Auf die Frage, ob es denn sonst bei der Heimbank üblich gewesen sei, solche großen Geschäfte ohne schriftliche Festlegung abzuschließen, antwortete Zeuge Lütke: Nein, das war ein Ausnahmefall. Die Herren des Vorstandes hätten keine Ahnung gehabt, woher das Geld kam. Letzten Endes hätte man sich an den preussischen Staat gehalten.

Nachmittags wurde Reichstanzler v. Papen als Zeuge gehört. Der Vorsitzende sagt dem Reichstanzler, Hirtfelder habe behauptet, man habe Germaniaaktien aufgekauft, um den Einfluß Papens auszugleichen. Der Reichstanzler erklärt, ihm sei nur bekannt, daß damals ein Aktienpalet, das wohl im Besitz des früheren Ministerialdirektors Spieker war, zum Teil in die Hände der Görreshausgesellschaft gekommen sei; mit welchen Mitteln, sei ihm damals unbekannt gewesen. Auf eine Frage des Abg. Rau (Komm.) erklärte der Kanzler, daß, seit er im Amt sei, außer den im Reichshaushalt ausdrücklich für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln von der Regierung kein Pfennig an Zeitungen usw. gegeben worden sei. Er bezweifle auch sehr die Richtigkeit der Zeitungshauptung, daß die Tägliche Rundschau vom Reichswehrministerium Mittel erhalten habe. Abg. Rau (Komm.) beantragt die Vernehmung des Reichswehrministers.

Auf die Frage des Abg. Szilart (Soz.), ob er persönlicher Besitzer von Germania-Aktien oder nur Treuhänder sei, erwidert der Kanzler, er sei persönlicher Besitzer. Er habe seinerzeit das Aktienpalet gekauft, um in dieser Zeitung einen konservativen Einschlag zum Ausdruck zu bringen, für den er auch innerhalb der Zentrumspartei stets gearbeitet habe.

Die Erhöhung der Arbeitslosenrenten

Berlin, 19. Okt. Die Verordnung bringt an erster Stelle eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für den bevorstehenden Winter. Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Krisenunterstützung nach den Lohnklassen I bis 6 mit mindestens einem Familienangehörigen beziehen, erhalten zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je 6 Unterstützungstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei aufwagsberechtigten Angehörigen 2 RM.; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf 3 und bei mehr als vier Angehörigen auf 4 RM. Arbeitslose, die einer höheren Lohnklasse als 6 angehören, erhalten die Zulage, wenn ihr bisheriger Unterstützungssatz den Satz der Klasse 6 einschließt, der Zulage nicht erreicht. Als Zulage wird in diesem Fall der Unterschiedsbeitrag gewährt. Besonders wichtig ist, daß die Zulage bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit für die versicherungsmäßige Unterstützung und Krisenunterstützung außer Betracht bleibt.

Künftig werden alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder der Ortsklasse A zugerechnet. In allen Orten der Klasse B beträgt die Unterstützung künftig so viel, wie sie bisher nur in den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug.

In der Krankenversicherung läßt die neue Verordnung in beschränktem Umfang Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Ueberstreiten des Höchstalters wieder zu. Es soll gestattet sein, Krankenhauspflege für Familienangehörige oder einen Aufnahm an Stelle der Krankenhauspflege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen.

Tagespiegel

Auf der Feste Koburg land am Mittwoch vormittag die kandesamtliche Trauung des Prinzen Gustav Adolf von Schweden mit der Prinzessin Sibylle von Sachsen-Koburg Jakt.

Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer erklärte im Rundfunk zur neuen Verordnung: Die Reichsregierung wird alles daran setzen, durch Vergebung von öffentlichen Arbeiten, vor allem aber durch einen Auftrieb in der freien Wirtschaft, aus Unterstützungsempfängern wieder Lohnempfänger zu machen. Sie löst sich von diesem Ziel nicht abbringen, nicht durch einseitige Kritiken und falsche Propheten, noch durch den Geist der Verneinung. Mit Benützung stelle ich gern fest, daß mit der Krisenbewältigung sich immer mehr auch ein Wandel der Geisteswelt verbindet.

In einem Vortragsabend der Vereinigung freifahrer Journalisten in Berlin kündigte Reichsjustizminister Dr. Gürtner scharfe Maßnahmen zur Bekämpfung des Autodiebstahls, namentlich durch ein besonderes Gesetz, an.

Mac Donald hat die Leitung der Weltwirtschaftskonferenz übernommen. Die vorbereitenden Sachverständigen werden am 31. Oktober zusammentreten.

In London kam es zu Zusammenstößen der Arbeitslosen mit der Polizei.

Im Chocogebiet ist nach privaten Meldungen eine heftige Schlacht zwischen Bolivianern und Paraguanern im Gange. Die Paraguaner, deren Stärke 14 000 Mann betragt, sollen zurückgeschlagen worden sein.

währung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen. Es wird auf Grund der neuen Vorschriften namentlich der Angestelltenversicherung die Erfüllung ihres Wunsches möglich sein, die Gewährung von Waisenrenten und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus fortzusetzen. Die Invalidenversicherung wird leider an die Einführung von Mehrleistungen zurzeit noch nicht denken können.

Die Kosten der neuen Verordnung

Berlin, 19. Oktober. Von ausländischer Seite wird darauf hingewiesen, daß es sich bei der neuen Verordnung nicht um eine Notverordnung des Reichspräsidenten handelt, sondern um eine von sämtlichen Ministern unterzeichnete Verordnung der Reichsregierung, die auf Grund der in der Notverordnung vom 4. September enthaltenen Ermächtigung erlassen worden ist. Die neue Verordnung enthält eine ganze Reihe von Verbesserungen der sozialen Leistungen, soweit sie nur irgendwie wirtschaftlich tragbar sind. Ingesamt belaufen sich die durch die Notverordnung entstehenden Kosten für die nächsten 5 Monate auf rund 70 Millionen Mark.

Im einzelnen läßt sich diese Summe zusammen aus den Beträgen, die für eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung im Winter bis zum 1. April n. J. vorgesehen sind und die man mit monatlich etwa 11 Millionen Mark veranschlagt, also in fünf Monaten etwa 55 Millionen Mark. Darin sind auch die Mehrkosten der neuen Ortsklasseneinteilung und die zum Ausgleich von Härten für besondere Fälle der Bemessung von Unterstützungen ausgelegten Beträge enthalten. Zu diesen 55 Millionen kommen noch rund 4 Millionen hinzu, die als Kosten für die Verbesserungen der Unfallrenten ausgelegt sind, und weitere 10 bis 11 Millionen Mark für die Kriegsbeschädigtenversorgung.

Neue Nachrichten

Falsche Behauptungen über die Gehälter des Reichskanzlers und der Reichsminister

Berlin, 19. Okt. Verschiedentlich sind während des Wahlkampfes Behauptungen über die Höhe des Gehalts des Reichskanzlers und der Reichsminister im Umlauf, die völlig von den Tatsachen abweichen. Es wird behauptet, der Reichskanzler beziehe ein Gehalt von 45 000 RM., dazu eine Dienstaufwandsentschädigung von 18 000 RM. und ein Wohnungsgeld von 2520 RM., also insgesamt 65 520 RM. In Wirklichkeit sehen sich auf Grund des Ministergesetzes vom 29. März 1930 die Bezüge des Kanzlers zusammen aus einem Grundgehalt von 45 000 RM., einem dreiprozentigen erblichen Sonderzuschlag von 1350 RM., zusammen also 46 350 RM. jährlich. Unter Berücksichtigung der erfolgten Kürzungen von insgesamt 37 Proz. auf Grund der Notverordnungen und des freiwilligen Verzichts hat sich dieses Dienstverkommen um 17 149,50 Mark vermindert, so daß das jährliche Einkommen des Reichskanzlers also 29 200,50 RM. betragt. Das steuerpflichtige Dienstverkommen des Kanzlers unterliegt den üblichen Abzügen der Einkommensteuer, dem Zuschlag für Einkommen über 8000 RM., der Krisensteuer der Verwaltungen, der Bürgersteuer und der Kirchensteuer. Die neben diesen Bezügen dem Reichskanzler gewährte Dienstaufwandsentschädigung, deren Höhe durch den Haushaltsplan

Bestimmt wird, beträgt zurzeit 18 000 M. jährlich. Einen Wohnungsgeldzuschuß bezieht der Reichskanzler nicht.

Die Gehälter der Reichsminister werden ebenfalls nach dem Gesetz vom 29. März 1930 geregelt. Danach bezieht ein Reichsminister an Grundgehalt 36 000 RM., dazu 3 Prozent erblichen Sonderzuschlag in Höhe von 1080 RM., zusammen 37 080 RM. Die 37prozentige Kürzung auf Grund der Rotverordnung beläuft sich auf 13 719,70 RM., so daß gegenwärtig das Ministergehalt 23 360,40 RM. beträgt. Auch dieses Gehalt unterliegt den gleichen Abzügen wie das des Reichskanzlers. Die Dienstaufwandsentschädigung der Reichsminister beträgt 4800 RM. Ein Wohnungsgeld beziehen die Reichsminister gleichfalls nicht.

Papen antwortet Kaas und Löbe

Berlin, 19. Okt. Am nächsten Montag wird der Reichskanzler in Berlin auf einer Versammlung von Vertretern des Handwerks sprechen. Es ist anzunehmen, daß er bei dieser Gelegenheit sowohl auf den kürzlich veröffentlichten Offenen Brief Löbes als auch auf die Rede des Zentrumsführers Dr. Kaas eingehen wird.

Zusammenlegung von Schlichterbezirken

Berlin, 19. Okt. Da Ende dieses Jahres der Schlichter für Schlesien ausscheidet, beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium, aus Sparnisgründen die Bezirke Schlesien und Brandenburg zusammenzulegen und für beide den bisherigen Schlichter für Westfalen, Professor Brahn zu ernennen, da nach der „Voss. Ztg.“ auch der bisherige Schlichter für Brandenburg, Miffel, aus dem Amt scheidet. Der Schlichterbezirk Westfalen soll mit dem des Rheinlands unter Dr. Joetten vereinigt werden.

„Rotmehrheit“

Frankfurt a. M., 19. Okt. Zu der Rede des Zentrumsvorsitzenden Prälat Dr. Kaas in Münster i. W., in der er als Ziel die „Rotmehrheit“ bezeichnet habe, schreibt die Frankf. Ztg., niemand könne die Hand übersehen, die Dr. Kaas ausgestreckt habe. Er habe ausdrücklich die Autorität des Reichspräsidenten anerkannt und erklärt, das Zentrum wäre bereit, an einer „vernünftigen Fortbildung der Verfassung mitzuarbeiten und einer starken Regierungsführung die verfassungsmäßigen Grundlagen zu schaffen“. Herr Kaas werde aber wohl, so fährt das Blatt fort, nicht übersehen, welche Gefahren Deutschland durch ein rein autoritäres Regiment drohen, und er wisse jedenfalls auch, daß alle Experimente, die die demokratischen Grundlagen Deutschlands übergehen, für Deutschland „tödlich“ seien. Mit der Kaas-Rede in Münster beginne ein bedeutungsvoller Abschnitt der Zentrums-politik. Kaas habe der ihm vorstehenden Mehrheit den Charakter einer Rotmehrheit gegeben; er werde wohl selbst in Sorge sein, ob der „geistige Brückenbau“ gelinge, jedenfalls gehöre ein besonderer Mut dazu, das Unternehmen trotzdem zu wagen.

Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses

Berlin, 19. Okt. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht fand eine Durchsuchung der Einzeldruckerei des Karl Liebknecht-Hauses statt. Der Grund ist weiteres Beweismaterial zu einem bei dem Reichsgericht schwebenden Verfahren zusammenzutragen. Die Rotationsdruckmaschine der Einzeldruckerei wurde beschlagnahmt, da durch Sachverständige festgestellt wurde, daß auf ihr Schriften hochverräterischen Inhalts gedruckt worden sind.

NSDAP. und „Margariten“

München, 19. Okt. Im „Böltischen Beobachter“ schreibt Abg. Stöhr: Eine qualifizierte Mehrheit des Reichstags kann die Reichsverfassung ändern oder ergänzen und auch die Absetzung des Reichspräsidenten beschließen. Wir Nationalsozialisten finden es durchaus in der Ordnung, wenn der Reichstag jedes verfassungsmäßige Mittel anwendet, um sich gegen dauernde Nichtachtung seiner Existenz zur Wehr zu setzen. Gewiß ist unser deutscher Sozialismus mit dem internationalen Wahngelbilde, das Marx geschaffen hat, nicht vergleichbar, aber ebenfalls sicher ist der Versuch nicht aussichtslos, zur Verwirklichung unserer sozialistischen Ziele mit einer dazu vorhandenen qualifizierten Mehrheit (der Sozialdemokratie) Schritte zu tun.

Der Reichsinnenminister in der bayerischen Ostmark

München, 19. Okt. Von Cham kommend trafen gestern Abend Reichsinnenminister Frhr. v. Gahl, Ministerpräsident Dr. Held und Innenminister Dr. Stübel auf ihrer Ostmarkenrundfahrt in Köstling ein. Im Hotel „Post“ fand nach dem Abend eine Besprechung mit Persönlichkeiten der Stadt statt. Heute morgen 9.30 Uhr erfolgte die Weiterfahrt nach Eilenstein.

Schüsse auf Flugblattverteiler

Essen, 19. Okt. Zwölf Angehörige der Eisernen Front, die im Osten der Stadt Flugblätter verteilten, wurden aus einer Gruppe politischer Gegner heraus beschossen. Einer wurde durch Bauchschuß schwer verletzt. Zwei Nationalsozialisten wurden festgenommen. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

Der Memeler Kreisstag zum zweitenmal aufgelöst

Memel, 19. Okt. Im Sommer vorigen Jahres war der Kreisstag im Kreise Memel aufgelöst worden, weil einige Personen ihr Wahlrecht nicht den Befehlen entsprechend ausgeübt hatten. Gleich als die Neuwahlen im Mai d. J. — die den Nationalistatutaren ebenso wie die Landtagswahlen eine Niederlage brachten — stattgefunden hatten, wurden von nationalitatutärer Seite Einsprüche gegen die Wahlen erhoben. Diesen gefehlwidrigen Protesten gab das Verwaltungsgericht nicht statt. Jetzt aber hat das Direktorium des Memelgebiets den Kreisstag des Kreises Memel aufgelöst, weil ein Teil der Wahlberechtigten verhindert worden sei, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Regierungskrise in Prag

Prag, 19. Okt. Die Forderung des Finanzministers Dr. Trapl, die Beamtengehälter um 15 v. H. herabzusetzen, hat zu einer Regierungskrise geführt. Ministerpräsident Udrzal hat dem Staatspräsidenten Masaryk das Rücktrittsgesuch überreicht. Nachfolger soll der bisherige Präsident des Abgeordnetenhauses, der Agrarier Ralngretr, werden.

Der Streit Preußen — Reich

Berlin, 19. Okt. Der Staatsgerichtshof hat die Verkündung seines Urteils in der Streitfrage Reich — Preußen, wie bereits berichtet, für den 25. Oktober in Aussicht gestellt. Wie das Urteil ausfallen wird, ist zurzeit natürlich unbekannt. Aber nach einer in politischen Kreisen verbreiteten Annahme wird der Staatsgerichtshof wahrscheinlich die unter Hinweis auf Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen bestätigen, weil es sich hier um eine Ermessungsfrage des Reichspräsidenten handelt, über die der Staatsgerichtshof nicht zu entscheiden hat. Auf der andern Seite aber wird damit gerechnet, daß das Vorgehen gegen Preußen, soweit es aus Artikel 48 Abs. 1 hergeleitet worden ist, vom Staatsgerichtshof keine Billigung finden werde. Man rechnet sogar mit der Möglichkeit, daß der Staatsgerichtshof vor der Urteilsfällung der Reichsregierung als der beklagten Partei die Anregung geben werde, dem Reichspräsidenten vorzuschlagen, die Verordnung vom 20. Juli, soweit sie sich auf Artikel 48 Absatz 1 bezieht, aufzuheben. Sollte der Staatsgerichtshof in diesem Sinn sein Urteil fällen, würde sich zwar an der juristischen Begründung der Rotverordnung ein wesentlicher Punkt ändern, die durch die Durchführung der Rotverordnung geschaffenen politischen Machtverhältnisse dagegen würden bestehen bleiben.

Kommt ein Bistum Konstanz?

Konstanz, 19. Okt. Im Zusammenhang mit den Konfessionsverhandlungen in Baden berichteten schweizerische Blätter, daß die Absicht bestehe, das Bistum Konstanz als Suffragan-Bistum der oberrheinischen Kirchenprovinz wieder zu errichten. Die „Konstanzer Zeitung“ erhält zu dieser Angelegenheit von bestunterrichteter Seite aus Rom einen Befehl, in dem es u. a. heißt, daß im Rahmen der badischen Konfessionsverhandlungen die Frage eines Bistums Konstanz erörtert wurde und daß eine solche Wiederaufrichtung durchaus im Bereich des Möglichen liege. Die Bistümer in Deutschland seien, gemessen an anderen Ländern, besonders Italien, unverhältnismäßig groß, und Konstanz habe die inneren und äußeren Vorbereitungen für ein neues Bistum schon erfüllt. Die schweizerischen Befürchtungen, es könnten Teile der Eidgenossenschaft in das neue Bistum Konstanz einbezogen werden, seien jedoch ungerechtfertigt, denn es sei seit dem Kriegsende gerade das Bestreben des Papsttums, die kirchlichen Grenzen den Landesgrenzen anzupassen, um Konflikte zu vermeiden.

Massenandrang in der Hafenheide

Berlin, 19. Okt. Die deutschnationale Wahlversammlung in der Hafenheide, wo Dr. Göbbels Gelegenheit gegeben wurde, mit dem Abg. Siever und anderen deutschnationalen Rednern zu diskutieren, mußte schon eine Stunde vor Beginn polizeilich geschlossen werden. In der Hafenheide waren Tausende von Menschen versammelt und unter Einsatz aller verfügbaren Polizeikräfte war es unmöglich, die Massen abzuräumen. Zeitweise stockte der ganze Fahrwerksverkehr. Gegen 7.30 Uhr war die Menge so stark angewachsen, daß die Polizei weitere Verstärkungen einsehen mußte.

Regierungskrise in Belgien

Brüssel, 19. Okt. Der schon längere Zeit in der katholisch-liberalen Koalition bestehende Zwiespalt hat gestern zum Rücktritt des Gesamtkabinetts geführt. Die liberalen Minister verlangten die Auflösung von Kammer und Senat, wogegen die katholischen Minister und besonders Ministerpräsident Renkin Einspruch erhoben. Da auch der König der Auflösung zustimmte, entschloß sich Renkin, mit dem gesamten Kabinett zurückzutreten.

Schwierigkeiten der französischen Regierung

Paris, 19. Okt. Gegen den Willen der Regierung beschloß der Finanzausschuß der Kammer vor der Beratung des Haushalts für 1933, der bekanntlich einen Fehlbetrag von 12 Milliarden Franken (1,98 Milliarden Mark) aufweist, die Mitglieder der Regierung über ihre Ausgabenpläne zu hören. Die Minister traten heute zu einem Kabinettsrat zusammen und morgen wird ein Ministerrat stattfinden. Ein Ausschußmitglied der Marin-Gruppe hat einen Antrag eingebracht, der den Haushaltsausgleich unter Vermeidung jeder offenen oder versteckten Inflation, jeder Steuererhöhung und jeder Anleihe verlangt. Der Antrag richtet sich u. a. gegen die von der Regierung beabsichtigte Kürzung der Beamtengehälter und Pensionen und gegen die stärkere Besteuerung der freien Berufe.

Frankreich sorgt für „Ruhe“

Paris, 19. Okt. Auf einem Bankett der Vereinigung der französischen Provinzpresse sagte Herriot in einer Ansprache, er leite eine „Regierung der Fälligkeitstermine“. Auf außenpolitischem Gebiet habe er derartige Fälligkeitstermine in Hilfe und Fülle gefunden. Gerade jetzt werden Forderungen nach, die offensichtlich ernst bedrohlichen Charakter annehmen. Frankreich brauche seine ganze Bodensamkeit, um nicht nur seine eigene Ruhe, sondern auch die der anderen zu sichern. Wenn man sich bedroht fühle, gelte der Instinkt, unermüdet und rückhaltlos alle Verteidigungsmittel spielen zu lassen. Frankreich dürfe sich niemals der Möglichkeit aussetzen, vor irgend einem Tribunal beschuldigt zu werden, die geringste Verpflichtung, die es mit seiner Unterschrift versehen habe, vergessen zu haben. Und wenn man, wie er, für das Leben und die Interessen Frankreichs verantwortlich sei, dürfe man nicht außer acht lassen, daß Frankreich beim Eintreten eines ersten Ereignisses gezwungen wäre, nicht nur auf sich, sondern auch mit den anderen zu rechnen. Deshalb seien die diplomatischen Schritte, zu denen keine Regierung veranlaßt werde, schwierig. Frankreich müsse alles tun, um das „gute Recht“ auf seine Seite zu bringen.

Englische Abrüstungsforderung

London, 19. Okt. Mac Donald wurde gestern eine von 300 hervorragenden Mitglieder aller Kreise unterzeichnete Denkschrift überreicht, die die Herabsetzung der Rüstungen auf das Deutschland auferlegte Maß oder mindestens die grundsätzliche Annahme der Hoovervorschlüge verlangt.

Der englisch-russische Handelsvertrag gekündigt

London, 19. Okt. Im Unterhaus teilte gestern der Minister für die Dominien, Thomas, mit, das englische Handelsabkommen mit der Sowjetunion sei gekündigt worden, und zwar auf Grund des englisch-kanadischen Abkommens, worin England sich verpflichtet, die mit Kanada vereinbarten Vorzugszölle gegen Maßnahmen

eines Landes zu schützen, die diese Vorzugszölle zunichte machen könnten. Russland genieße die englische Meistbegünstigung, man müsse also jetzt russischen Preisunterbietungen zum Nachteil Kanadas vorbeugen und an die Durchsicht anderer Meistbegünstigungsverträge herantreten.

Die Regierungen von Schweden, Norwegen und Dänemark sind denn auch bereits eingeladen worden, Vertreter nach London zu schicken, um Besprechungen über die Zölle aufzunehmen. Die Verhandlungen sollen spätestens in drei Wochen beginnen; womöglich sollen innerhalb des Rahmens der bisherigen Verträge Vereinbarungen getroffen werden. Mit Argentinien sind Verhandlungen bereits im Gang.

England mußte, auf der Reichskonferenz von Ottawa nach tagelangen Kämpfen den kanadischen Forderungen nachgeben, Maßnahmen gegen das russische Dumping besonders in der russischen Ausfuhr von Weizen und Holz zu treffen.

Sind die Länder „verfassungsautonom“?

Mit anderen Worten: Können Bayern, Württemberg, Baden usw. sich diejenige Verfassung, die ihnen gerade paßt, geben? Oder sind ihnen vom Reich hierin gewisse unübersteigbare Schranken gezogen? Bekanntlich hat Reichskanzler v. Papen in seiner Aufsehen erregenden Münchner Rede am 12. Oktober bezüglich der von ihm geplanten Verfassungsreform, deren Entwurf dem neuen Reichstag vorgelegt werden soll, u. a. gesagt: Die geschichtlich gewordenen deutschen Staatsgebilde sollen nicht vergewaltigt werden. Sie dürfen nicht „mediatisiert“ werden. „Im Zusammenhang mit der Herstellung einer organischen Verbindung zwischen Reich und Preußen wird es durchaus möglich sein, den übrigen Ländern die Verfassungsautonomie zu gewähren.“ Was meinte er darunter? Es gehen hierüber allerlei Vermutungen durch die Presse. Zweifelloso handelt es sich um den Artikel 17. Derselbe lautet: „Jedes Land muß eine freistaatliche Verfassung haben. Die Volksvertretung muß in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit gewählt werden. Die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung.“

Hiernach sind den Länderverfassungen folgende Verpflichtungen auferlegt: 1. Sie müssen Republikanisch sein; 2. ihre Landtage müssen nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit gewählt werden; 3. auch für die Länder gilt das parlamentarische System (Art. 54). Bekanntlich gab es in der Bismarckschen Verfassung diese Bindungen nicht. Wir hatten neben monarchischen auch republikanische Bundesstaaten (Hamburg, Bremen und Lübeck). Auch die anderen Einschränkungen existierten nicht. Sowohl im Reich wie in den Bundesstaaten bedurften die Regierungen nicht notwendig des Vertrauens der Parlamente. Das alles soll also anders werden. Wird sich hierfür eine verfassungsmäßige Mehrheit im Reichstage finden? Schwierig. Was dann? Eine Diktatur? Ein Staatsstreich? Oder die Anwendung des sog. „übergelassenen Reichspräsidenten“ (Clas)? Selten stand das deutsche Volk vor so schweren Entscheidungen.

Württemberg

Stuttgart, 19. Oktober.

Ausschluß von der Sitzung des Landtags. Die Abgeordneten des Christl. Volksdienstes haben im Landtag den Antrag eingebracht, den § 69 der früheren Geschäftsordnung in die Geschäftsordnung des neuen Landtags wieder aufzunehmen. § 69 lautet: Wegen fortgesetzter geblöckerter Verletzung der Ordnung kann der Präsident ein Mitglied nach wiederholter Androhung von der Sitzung ausschließen und, wenn nötig, aus dem Sitzungssaal entfernen lassen.

Stuttgart, 19. Okt. Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1933. Wie das städtische Nachrichtenamt mitteilt, hat die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperchaftsverwaltung sich nicht in der Lage gesehen, dem Besuch des Gemeinderats der Stadt Stuttgart um Befreiung von der Erhebung der Bürgersteuer mit 500 v. H. ab 1. Januar 1933 zu entsprechen, da die Voraussetzungen für die Befreiung nicht vorliegen. Es bleibt somit dabei, daß für das Kalenderjahr 1933 die Bürgersteuer mit 500 v. H. erhoben wird.

Stuttgart, 19. Okt. Das Urteil im Bödinger Landfriedensbruchprozess. Die Große Strafkammer stellte sich im Bödinger Landfriedensbruchprozess auf den Standpunkt, daß die Beweise nicht ausreichen, auch nur einen der Angeklagten wegen Landfriedensbruchs zu verurteilen. Soweit Verurteilung erfolgte, geschah es lediglich unter dem Gesichtspunkt des Waffenergehens. Insgesamt 4 Kommunisten und ein Nationalsozialist wurden zu je 3 Monaten Gefängnis und ein weiterer Nationalsozialist zu 3 Monaten 20 Tagen Gefängnis, sowie zu einer Geldbuße von 120 M. verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. In einem Fall war für das Gericht mitbestimmend, daß einer der Zeugen einen so „miserablen Eindruck“ machte, daß seine Angaben nicht verwertet werden konnten.

Die Wohlfahrtsverwerbslosen Ende September. Die Zahl der von den Fürsorgeverbänden laufend in offener Fürsorge unterstützten und von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtsverwerbslosen betrug Ende September 1932 in Württemberg 27 078 oder 10,5 auf 1000 Einwohner. Auf Stuttgart entfielen davon 10 288 oder 28,3 auf 1000 Einwohner. Gegenüber Ende August 1932 ist die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen in Württemberg um 6,8 v. H. und in Stuttgart um 6,1 v. H. gestiegen.

Von einem Stier schwer verletzt. Am Dienstag vor-mittag wurde auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof ein mit dem Ausladen von Grobvieh beschäftigter Arbeiter einer Expeditionsfirma von einem böswilligen Stier angegriffen und gegen die Wand gedrückt. Obwohl es schnell gelang, ihn aus der Gewalt des bösrartigen Tieres zu befreien, trug er Rippenbrüche und innere Verletzungen davon, so daß er mit dem Sanitätsauto in das Krankenhaus verbracht werden mußte.

Canstatt, 19. Okt. Steinzeitfund. Beim Ausgraben eines Abwasserstollens für die Siedlung auf dem Einthaldeuseld bei Canstatt stieß man auf ein Skelett und einen Topf. Das Landesamt für Denkmalpflege stellte, wie das N. Z. berichtet, durch Professor Dr. Göbner fest, daß es sich hier um ein sog. Hödergrab aus dem Ende der jüngeren Steinzeit handelt, die auf etwa 2000 v. Chr. Geburt anzu-

sehen ist. Die Gräber haben diese Bezeichnung, weil zu jener Zeit die Toten in beider Stellung beigelegt wurden. Dem Toten war ein mit Schnur verzierter Topf beigegeben. Auch dies ist eine Uebung, die für eine bestimmte Gruppe, die sog. Schnurkeramiker, charakteristisch ist.

Vom Tage. In der Nähe der Knechtischen Ziegelei in Juffenhäusern geriet auf der Ludwigsburger Straße ein nach Ludwigsburg fahrender Kraftwagen ins Schleudern. Er fuhr hierbei einem aus entgegenkommender Richtung kommenden zweiten Kraftwagen in die Flanke. Bei dem Zusammenstoß wurden fünf Personen verletzt, darunter zwei schwer.

Aus dem Lande

Weildeckstadt O. Leonberg, 19. Okt. Zentrum und Nationalsozialisten. In einer Wahlversammlung des Zentrums führte Staatspräsident Dr. Volz, nachdem er an der Politik der Reichsregierung Kritik geübt hatte, über das Verhältnis zwischen Zentrum und Nationalsozialismus aus: Bei der letzten Wahl habe er den Nationalsozialismus leidenschaftlich bekämpft, weil das Zentrum in ihm eine ernste Gefahr der Diktatur gesehen habe. Diesmal könne man den Kampf ruhiger führen, da diese Gefahr als überwunden zu betrachten sei. Das Zentrum habe nach den letzten Wahlen mit den Nationalsozialisten verhandelt, weil dies die einzige Möglichkeit gewesen sei, um im Winter über die Unruhen hinwegzukommen. Die Aussicht, ein gemeinsames Programm zur Überwindung der Arbeitslosigkeit aufzustellen, sei durch die Auflösung des Reichstags zunichte gemacht. Nach den bevorstehenden Wahlen werde das Zentrum erneut vor der Frage der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten stehen. Auch in Württemberg sei es dazu bereit gewesen, aber ihre Ansprüche (Ministerpräsident und Polizei) seien verächtlich gewesen. Wenn die Nationalsozialisten dem Zentrum dessen Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten zum Vorwurf machen, so habe das Zentrum zu erklären, daß es den Nationalismus zwar bekämpfe, daß es aber es für ebenso falsch halte, die Sozialdemokraten von der Regierungsarbeit auszuschließen, wie den Ausschluß der Nationalsozialisten.

Möckmühl O. Reckartum, 19. Okt. Bluttat. Der arbeitslose 42 Jahre alte Schäfer Kesselring im benachbarten badiischen Welsheim gab auf seine 37 Jahre alte Ehefrau drei Schüsse ab, die diese schwer verletzten. Er brachte sich dann selbst einen tödlichen Schuß bei. Die Beweggründe sind noch unbekannt.

Gerabronn, 19. Okt. Selbstmord. In einem Waldchen zwischen Eichwiesen und Eichershausen wurde eine Gutsbesitzerin erschossen aufgefunden. Was die in den vier Jahren stehende Frau, die vier ungewachsene Kinder hinterläßt, in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.

Welsheim, 19. Okt. Minister Maier über die Zinsfrage. In einer demokratischen Wahlversammlung sagte Wirtschaftsminister Dr. Maier zur landwirtschaftlichen Zinsfrage u. a.: Die Reichsregierung wolle 450 Millionen ausfinden, um die Hypothekenzinsen für landwirtschaftliche Grundstücke auf 4 v. H. zu senken. Davon werde aber nach seiner Uebersetzung nur ein kleiner Teil nach Württemberg kommen, denn die württembergischen Landwirte seien verhältnismäßig sehr gering verschuldet gegenüber der gesamten deutschen Landwirtschaft und hypothekarisch seien sie gar nicht verschuldet, sondern nur durch Darlehen, Kaufverträge usw., bei denen die Zinsen nicht senkt werden sollen. Nennwert seien die norddeutschen Großgrundbesitzer. Ueberdies seien von den 300 000 Besitzern landwirtschaftlicher Grundstücke in Württemberg nur 150 000 wirkliche Landwirte, die andern seien nebenberufliche Landwirte oder Arbeiter. Der Landwirt solle also für seine Hypotheken 4 v. H. Zinsen bezahlen, der Handwerker aber 7-8 v. H. Diese Wirtschaftspolitik der Reichsregierung nehme allmählich „unerhörte Formen“ an.

Hall, 19. Okt. Um die Bürgersteuer. In der Sitzung des Gemeinderats mußte um die Einführung der 500prozentigen Bürgersteuer verhandelt werden. Es wurde schließlich gegen drei Stimmen ein Antrag angenommen, man lasse der Bürgersteuer den gesetzlichen Lauf (dadurch ist sie angenommen, und zwar mit 500 Prozent), betone aber den Regierungsvorschlag gegenüber, es sei nicht allein Sache der Gemeinden, sondern des Reichs und der Länder, die Wohlfahrtslasten zu tragen.

Tübingen, 19. Okt. 400 v. H. Bürgersteuer. Der Gemeinderat beschloß, im Jahr 1933 400 v. H. Bürgersteuer zu erheben und auf die Getränkesteuer vorläufig zu verzichten. Damit verachtet der Gemeinderat auch auf die üblichen Zuschüsse, die ohnedies auch nicht mehr sehr hoch sind.

Dettingen O. Maulbronn, 19. Okt. Fälschmünzwerkstätte entdeckt. In einem neueren Hause wurde eine Fälschmünzwerkstätte entdeckt. Die ganze Familie wurde verhaftet. Die Fälscher hatten 5-Mark-Stücke hergestellt.

Wangen i. N., 19. Okt. Die Staatliche Milch-wirtschaftliche Lehr- und Forschungsanstalt veranstaltet bei genügender Beteiligung in der Zeit vom 2. bis 30. November d. J. einen Unterweisungskurs über Rastereiseweise. Im Anschluß an den Kurs findet für diejenigen Teilnehmer, die die Voraussetzungen für die betreffende Prüfung erfüllen, eine Gesellen- und eine Meisterprüfung statt.

Ulm-Söflingen, 19. Okt. Zigeunerschlacht. Anlässlich des gestrigen Ulmer Pferdemarkts war wieder eine größere Anzahl Zigeuner in Söflingen eingetroffen. Zwischen zwei Zigeunertrupps kam es schon nachmittags auf dem Pferdemarkt in der Mag-Engel-Halle in Ulm wegen eines Familienzwistes zu einer Schlägerei. Die Polizei mußte mit einem größeren Aufgebot anrücken. Abends kam es dann in der von Zigeunern vollbesetzten Wirtstube der Bahnhofrestauration in Söflingen zu einer der bekanntesten Zigeunerschlägereien. Mit armdicken Prügeln, mit Knütteln und Messern gingen die Männer aufeinander los, und bald griffen auch die Frauen in den Kampf ein. Sie hielten Hämmer herbei, mit denen sie sich gegenseitig die Köpfe blutig schlugen. Eine der Beteiligten blieb blutüberströmt liegen. Söflinger Polizeibeamte bemühten sich zunächst vergeblich, die Streitenden zu trennen. Erst als das Ueberfallkommando aus Ulm anrückte, verschwand die ganze Gesellschaft spurlos, die eine Partei in Richtung Ehrenstein, die andere in Richtung Ulm.

Neu-Ulm, 19. Okt. Tödlich verunglückt. Der verheiratete Brauereiarbeiter Karl Beck von hier fiel in der Löwenbrauerei durch einen Fehltritt von der Bühne in den Aufzugskorb bis in das Erdgeschloß herunter. Die Verletzungen hatten den Tod zur Folge. Er hinterläßt eine Frau und vier Kinder.

Aus Stadt und Land

Magold, den 20. Oktober 1932.

Rein zu Allem, was schwach macht, — was er schlägt!

Deutscher!

Sei treu bis ins Mark!
Im Schicksal sei hart!
Im Handeln und Denken
Mag Rögig dich lenken!
Sei tapfer im Wollen!
Nicht grollig im Sollen!
Nicht lässig im Müssen!
Besessen im Wissen!
Das Halbe verachte!
Zum Ganzen trachte!
Gegen Unbill und Zoch
Seh dich zur Wehre!
Vor allem halt hoch
Als höchstes die Ehre!

Willi Schürp.

Prüfung im Hufbeschlag

Im September hat die Prüfung im Hufbeschlag mit Erfolg bestanden und dadurch den Nachweis der Befähigung zum Betrieb des Hufbeschlaggewerbes erbracht: Prof. Emil, Unterleitungen O. Herrenberg.

Fremdenverkehrsstatistik von Magold

Vom 1. Oktober 1931 bis 30. September 1932 waren anwesend an Fremden: Inländer 4516 mit 6716 Uebernachtungen, darunter auch Kurgäste; Ausländer 158 mit 371 Uebernachtungen; zusammen Fremde 4674 mit 7087 Uebernachtungen. Gegenüber im Vorjahr: a) Fremde: Inländer 4022 mit 4293 Uebernachtungen; Ausländer 140 mit 157 Uebernachtungen. b) Kurgäste: Inländer 149 mit 1429 Uebernachtungen; Ausländer 7 mit 90 Uebernachtungen; zusammen 458 mit 5669 Uebernachtungen. Somit ein Zuwachs von 386 Fremden mit 1118 Uebernachtungen.

Werner Kraus als Jorch

Dieser an Größe unübertroffene Film aus Deutschlands Schicksalsstunde von 1912 — der heute der diesjährigen Spielform — läuft ab heute 8.15 Uhr.

Aus Amerika zurück

Der jetzt 26 Jahre alte Sohn des Schriftstellers Paul Koch, der Bäder Paul Koch, ist nach 7 Jahren infolge Arbeitslosigkeit, dieser Tage aus Amerika zurückgekehrt. Da seine Rückfahrkarte ein Jahr Gültigkeit besitzt, will er solange die wirtschaftliche Entwicklung der jenseitigen Verhältnisse abwarten. Ein zweiter Sohn Koch's, der auch schon 5 1/2 Jahre „drüben“ ist, hat als Mechaniker Beschäftigung.

Warnung vor Hausierern mit Bestecken

Die Handwerkskammer Reutlingen schreibt uns: Aus verschiedenen Bezirken gehen der Kammer Klagen und Beschwerden darüber zu, daß Hausierer unter Anwendung unlauterer Methoden minderwertige Bestecke und Löffel als „Kostfrei“ verkaufen. Die angeblich sehr billigen Preise sind aber in Wirklichkeit für diese Schundwaren viel zu hoch, denn beim ersten Gebrauch erweist sich schon die Minderwertigkeit derselben. Die Bestecke sind nur aus Eisenblech gefertigt und leicht vernickelt oder verchromt, sind aber mit der irdenführenden Aufschrift „Kostfrei“ oder „Kostlos“ gestempelt. Der angegebliche Kostlospreis blättert bald ab, außerdem schneiden die Bestecke nicht und sind deshalb gebrauchsunfähig, bilden also eine Quelle ständiger Bergers. Die sogenannten Hornbestecke — in Wirklichkeit ganz minderwertiges Material — färben ab und zerbrechen bald. Die Löffel sind nur mit einem Zinnüberzug versehen, der im Gebrauch sehr bald verschwindet. Es wird deshalb vor dem Kauf solcher Bestecke gewarnt. Wer wirklich erstklassige Bestecke mit rostfreien Stahlklingen und Löffel bester Qualitäten kaufen will, der wende sich vertrauensvoll an die Fachgeschäfte am Platz bzw. im Bezirk. Diese prüfen die Güte der Ware und verkaufen nur beste wieder schleiffähige Waren zu billigen Preisen. Die Fachgeschäfte bieten auch jede Garantie und außerdem die Möglichkeit umzutauschen oder zu reklamieren, während die Hausierer, die solche minderwertige Ware vertreiben, nie wiederkommen.

Zur Reichstagswahl. Für die kommende Reichstagswahl am 6. November 1932 sind folgende Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei aufgestellt worden: Dr. Frh. Wiber, Fabrikant, feldt. Reichstagsabg., Stuttgart; Dr. Walter Hölscher, Generaloberarzt a. D., Ulm a. D.; Frau Maria Alois, Hausfrau, Buoch; Gottlieb Kaechele, Bäckermeister, Stadtrat, Stuttgart; Frh. Harr, Student, Tübingen; Dr. Philipp Palm, Apothekenbesitzer, Schorndorf; Wilhelm Röllle, Gärtnermeister, Heilbronn; Georg Rehm, Studienrat, Ehingen a. D.; Christoff Schmidt, Eisenbahnschaffner, Ulm a. D.; Eugen Conradt, Diplom-Ingenieur, Balingen a. d. Enz.

Die Wahllisten. Bei den letzten Reichstagswahlen haben „nur“ 12 Parteien Abgeordnete in den Reichstag entsandt. Einige von ihnen, wie die Wirtschaftspartei, das Landvolk und die Deutsche Volkspartei, dürften aber diesmal auf ihre Nummer verzichten, weil sie sich anderen Wahlvorschlägen anschließen. Dagegen haben sich bis jetzt 5 kleine Gruppen, darunter die Polenpartei und die Hörsting-Bewegung gemeldet. Die Frist für die Vorlegung der Vorschläge läuft am Sonntag ab.

Kennzeichnung von Hauptverkehrsstraßen. Nach einem Erlass des Innenministeriums wird das bisher zur Kennzeichnung von Straßen zweiter Ordnung vorgelebene Schild künftig zur Kennzeichnung von Verkehrsstraßen erster Ordnung verwendet werden. Die frühere Unterscheidung von Straßen erster und zweiter Ordnung glaubt man im allgemeinen fallen lassen zu können. Darnach gilt von jetzt ab folgende Regelung: 1. Hauptverkehrsstraßen, soweit sie nicht Straßen erster Ordnung sind, werden durch ein auf der Spitze stehendes, rot umrandetes Quadrat mit weißer Grundfläche gekennzeichnet. 2. Verkehrsstraßen erster Ordnung — die immer Hauptverkehrsstraßen sind, aber neben den für die Hauptverkehrsstraßen geltenden Bestimmungen über das Vorfahrtsrecht noch zusätzliche örtliche Bestimmungen, z. B. über das Parken, das Halten von Lastfahrzeugen und das Wenden, aufweisen — werden künftig durch zwei auf der Spitze stehende Quadrate der bezeichneten Art (bisheriges Zeichen für Straßen 2. Ordnung) gekennzeichnet. 3. Die Kennzeichnung für Straßen zweiter Ordnung ist in Zukunft dieselbe wie für Straßen erster Ordnung, soweit überhaupt noch örtlich ein Unterschied zwischen Straßen erster und zweiter Ordnung gemacht werden will. Für die örtliche Bezeichnung der Fernverkehrsstraßen sind Nummern vorgesehen. In Württemberg ist die Durchführung der örtlichen Bezeichnung bis auf weiteres nicht beabsichtigt.

Heiterbach, 18. Okt. Herbstfeier des Sportvereins. — Einweihung des Gemeindefaals. Am

Sonntag abend hielt der Sportverein in der Turnhalle seine alljährliche Herbstfeier ab. Der geräumige Saal war bis zum letzten Platz besetzt. Vorstand, Hauptlehrer Heusel, entbot in feiner Begrüßungsansprache den zahlreich erschienenen herzlichen Willkomm, besonders dem Vertreter der Stadtgemeinde, Bürgermeister Bernhardt, daran die leise Hoffnung knüpfend, daß die Errichtung eines geeigneteren Sportplatzes vielleicht doch noch zur Wirklichkeit werden möge. Des weiteren dankte er allen, die sich um die Sache des Vereins verdient gemacht haben. Ein reichhaltiges Programm, mit zahlreichen Einlagen der Musikkapelle sorgte für angenehme Unterhaltung. Großen Anklang fanden die ersten und heiteren Darbietungen der wohlgeübten Sängerguppe. Im Mittelpunkt des Abends stand das dramatische Volksstück „Am Waldkruze“. Das Stück bietet in 6 Akten ein ergreifendes Bild menschlicher Leidenschaften. Die Rollen der beiden Heldenrollen zeigten prächtige Leistungen, aber auch die Vertreter der Nebenrollen standen ihnen würdig zur Seite. Die weibliche Hauptrolle wurde von Frida Ehni, Kammwirts Tochter trefflich wiedergegeben, es hatte den Anschein, als wollte sie ihre männlichen Partner übertrumpfen. Es konnte nicht wundernehmen wenn die Aufführung gewaltig an die Herzen griff und stürmischen Beifall erntete. War dieses Stück erquickend, so war die Fosse „Der rote Faden“ voller Lustigkeit. Als gewandte Komiker erwiesen sich wieder die Schreiner Eiberger und Maser. Auch die übrigen Darsteller verstanden das Stück naturgetreu wiederzugeben. Großen Heterleits-erfolg hatten auch die lustigen Einlagen der Sängerguppe. Die Gabenverlosung brachte manch schönen Gewinn und war lehr ausging, war deshalb nicht böse, denn der Abend hatte für alle etwas gebracht, so daß der Sportverein mit seinem tüchtigen Vorstand und seinen tüchtigen Mitgliedern wieder einen vollen Erfolg haben kann. — Nach gründlicher Instandsetzung und Andringung einer gelonderten Eingangstür hat nun auch der Gemeindefaal im Stadtparkhaus am vergangenen Sonntagmittag seine Weihe erhalten. Posaunenchor und Jungfrauenchor vereinigten sich zum gemeinsamen Lobe Gottes. Stadtpfarrer Dippel sprach in markanten Worten zu der den Saal füllenden Gemeinde. Nach erläuternden Bemerkungen über die Gründe, die zu einer Renovierung der Saales geführt haben, legte er seinen weiteren Ausführungen die Worte der hl. Schrift zugrunde, die mahnen an der Saalwand prangen: Land, Land, Land, höre des Herrn Wort! Er wendet sich an den Jungfrauenverein, der nun auch wie der Junglingsverein ein eigenes Versammlungszimmer habe, in dem sich die Jungfrauen zu gemeinsamer Lektüre der hl. Schrift versammeln werden, an den Posaunenchor, dem der Raum als Uebungslokal diene zum Lobpreis Gottes, an den Kirchengemeinderat, der sich künftig in diesem Saal zu seinen Beratungen versammeln werde, an die Mitglieder der Gemeinschaft, die zu gemeinsamer Auslegung der hl. Schrift hier zusammenkommen. An alle richtet er zu Herzen gehende Worte der Mahnung und des Trostes, die ausfließen in einem herzlichen Gebet um den Beistand Gottes. Mögen nun recht viele der Samenkörner, die in dem Saale zur Aussaat kommen auf gutes Land fallen und bei jung und alt reichliche Früchte tragen! Dann werden die materiellen Ausgaben nicht umsonst sein, sondern der ganzen Gemeinde zum Segen dienen.

Bildbelegungen, 19. Okt. 40-jähriges Ehejubiläum. Am gestrigen Dienstag feierte Oberlehrer Albert Kopp mit seiner Ehefrau Franziska Döllz in aller Stille in Amdorfingen O. Kiedlingen, das 40-jährige Ehejubiläum. Oberlehrer Kopp war von 1901 bis 1929 hier als Lehrer tätig.

Fremdenstadt, 19. Okt. Festgenommenene Einbrecher. In der Nacht zum 4. August dieses Jahres wurde den Keller-räumen in dem gemischten Warengeschäft des Seifenheders Ernst Gaiser in Baiersbrunn ein unerlaubter Besuch abgestattet und dabei 300 Stück frische Eier, mehrere Kilogramm Margarine, Käse aller Art, Kautabak, Konfitüren, Schokolade sowie mehrere Flaschen Wein und Malaga im Gesamtwert von 165 R-Mark auf erschwerter Weise gestohlen. Zur Fortschaffung des Diebesguts hatten die Diebe einen Personenkraftwagen benützt, mit dem sie auch an verschiedenen anderen Orten in Baden ihre nächtlichen Raubzüge ausführten. In den letzten Tagen gelang es hiesigen Gendarmeriebeamten durch erfolgreiches Zusammenarbeiten mit dem Fremdenländer Stationskommando Hermann Graf, Heinrich Banz und Josef Gänling, sämtliche aus Baden, als geständige Täter dingelt zu machen und den Gerichten zuzuführen. Nebenbei haben sie nicht weniger als 45 Fahrrad-diebstähle verübt. Die bei Gaiser erbeuteten Gegenstände haben bereits anderweitig Verwendung gefunden, so daß er das Nachsehen hat.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Freitag, 21. Oktober:
6.00: Frühglocke, Wetterbericht, Gemeindefaal, 6.50: Wetterbericht, Nachrichten, 7.00-8.00: Schallplatten, 10.00: Schallplatten, 10.30: Eberhard, 11.00: Zeitungsgabe, Nachrichten, Wetterbericht, 11.30: Wetterbericht, 12.00: Konzert, 12.15: Zeitungsgabe, Wetterbericht, Nachrichten, 12.30: Konzert, 14.30-15.00: Englischer Sprechunterricht für Fortgeschrittene, 16.30: Vortrag: „Bürgen und Schiffer im Oberrhein“, 17.00: Konzert, 18.15: Zeitungsgabe, Wetterbericht, Landwirtschaftsnachrichten, 18.30: Vortrag: „Die Segenworte der Frau“, 19.30: Vortrag: „Die Kennzeichnung der Straßen“, 20.00: Ein musikalischer Festabend, 20.30: Symphonie-Konzert (Sollmann: E- und D-moll), 22.30: Zeitungsgabe, Wetterbericht, Nachrichten, 22.45-24.00: Nachtglocke.

Letzte Nachrichten

Dr. Brüning in der Kölner Rheinlandhalle. Köln, 19. Okt. In der bis auf den letzten Platz besetzten Rheinlandhalle sprach heute abend der frühere Reichskanzler Dr. Brüning. Der Redner sprach sich für eine „vernünftige“ Verfassungsreform aus und übte scharfe Kritik an der letzten Rundfunkrede des Reichskanzlers.

Der Wahlfeldzug Adolf Hitlers. Oppeln, 19. Okt. Adolf Hitler sprach heute in Oppeln. Auch hier beantwortete er zugleich die Frage, warum er am 13. August abgelehnt habe und bezeichnete weiter das Ende der Wirtschaft als eine Folge des politischen Zerfalls.

Wiedereröffnung der Wiener Hochschulen. Wien, 19. Okt. Nach neuerlicher Rücksprache mit den Vertretern der Deutschen Studentenschaft hat der Rektor der Universität verfügt, daß die Universität ab Donnerstag wieder allgemein geöffnet wird. Auch die anderen Wiener Hochschulen werden morgen geöffnet werden.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wieder in Friedrichshafen. Friedrichshafen, 19. Okt. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist auf seiner Rückfahrt von Pernambuco um 21.43 Uhr unter Führung von Dr. Eckener hier glatt gelandet. An Bord befanden sich 14 Passagiere.

Weißer Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste, die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.



Aus aller Welt

Zuchthaus für einen betragsrechtlichen Bankier. Das Schöffengericht in Osnabrück verurteilte den Bankier Schäfer von der vor Jahresfrist zusammengebrochenen Privatbankfirma Hesse u. Schmitt in Verbst wegen Depotverbrechens zu zwei Jahren Zuchthaus.

Reichswirtschaftsminister von Schleicher ist am Dienstag in Begleitung seiner Gattin und seines Adjutanten in Badenweiler eingetroffen und im Hotel Römervilla abgestiegen. Der Minister beabsichtigt, etwa 14 Tage in Badenweiler zu bleiben.

Schwere Beschuldigungen gegen Eisenbahnbeamte. Wegen dringenden Verdachts der Beteiligung an den vor einigen Jahren in und um Braunschweig verübten Anschlägen auf die Signaleinrichtungen und Züge der Reichsbahn, sowie wegen dringenden Verdachts von damit zusammenhängenden Amtsunterstellungen und Urkundenfälschungen sind zwei Reichsbahnbeamte, von denen der eine in Braunschweig, der andere früher in Magdeburg und jetzt in Berlin tätig war, dem Amtsgericht Braunschweig vorgeführt und in Untersuchungshaft genommen.

Eisenbahnunfall. Am Kleinbahnübergang Passendorf der Halle-Hettstedter-Eisenbahn stieß am Mittwoch nachmittag ein Personenzug mit einem Kraxiomnibus zusammen. Der Besitzer des Autobusses wurde auf der Stelle getötet; ein Fahrgast tödlich verletzt. Fünf Personen erlitten sehr schwere und vier leichtere Verletzungen. Die Schranken am Bahnübergang waren außer Betrieb, da sie vom heftigen Sturm stark beschädigt worden waren.

Spinale Kinderlähmung. Im Landkreis Göttingen (Hannover) erkrankten neuerdings 3 Kinder, die Mutter eines der Kinder und ein 27-jähriger Landwirt an spinaler Kinderlähmung. Der Landwirt ist der Krankheit erlegen. In Göttingen selbst sind 3 Krankheitsfälle zu verzeichnen.

Reiche Funde in Ecuador. Große Kunstschätze sowie nahezu 140 Goldklumpen von der Größe einer Faust wurden bei Ausgrabungen entdeckt, die man an Inkagräbern auf einer Farm nicht weit von Guayaquil vornahm. Außerdem fand man noch goldene Tänzer und aus Gold hergestellte Halsketten.

Gestorbene: Antonie Hipp geb. Hellert, 76 1/2 J., Harb / Agatha Koll geb. Binder, Böttingen O.A. Harb / Christian Schmid, Küfermeister, 49 J., Haslach O.A. Herrenberg / Andreas Eble, 45 J., Herrenalb.

Geschäftliches

— Hinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen und werden mit 80 Pfennig die Zeile berechnet. —

Man kann nicht alles probieren.

Dies ist der Standpunkt, den heute viele Hausfrauen gegenüber den unzähligen neuen Artikeln einnehmen. Man kann dies wohl begreifen, wenn man weiß, wie oft unsere Hausfrauen durch solche „Neuerungen“ um ihr gutes Geld gebracht werden. Diese Gefahr besteht bei Kineffa-Holzballen und Kineffa-Bohnerwachs nicht. Die enormen Vorteile dieser Produkte für die Behandlung von Parkett, Linoleum, Fußböden, Dielen, Möbel, usw. sind durch maßgebende Gutachten der Wissenschaft und Praxis und durch die Organisationen der deutschen Hausfrauenvereine im Namen von Millionen von Hausfrauen anerkannt. Wer also diese Produkte kauft, hat die unbedingte Gewähr, nicht Geld hinaus zu werfen, sondern Geld zu sparen, denn die mit der Verwendung von Kineffa-Holzballen und Kineffa-Bohnerwachs verbundenen Arbeitserleichterungen und Vorteile sind heute allgemein anerkannt. Sparame Hausfrauen verwenden daher bestimmt nur Kineffa-Holzballen und Kineffa-Bohnerwachs.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten

Zwangsvollstreckung

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Kartung Altensteig-Stadt belegenen, im Grundbuch von Altensteig-Stadt, Heft 253 Abt. 1 Nr. 1, 2, 4 und 5 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des

Friedrich Brenner, Neigers beim Waldhorn und seiner Ehefrau Ernestine Brenner geb. Koch in Altensteig, Gesamtgut kraft allgemeiner Gütergemeinschaft eingetragenen Grundstücke:

1. Nr. 477 Land- und Baumwiese im Helleweg 10 Nr. 37 am.
2. Geb. Nr. 74 Wohnhaus mit Wohnhausanbau, Schweinefall, Trauf- u. Giebelrecht, Dungele, Holzlege und Hofraum am Wallenweg 3 Nr. 23 am.
3. Nr. 439 a, b, c. Baumwiese und Grastain, Helleweg 7 Nr. 38 am.
4. Geb. Nr. 81 (Erbbaurecht) ein gewölbter Bierkeller in Nr. 81 am Wallenweg

am Dienstag, den 6. Dez. 1932, vormittags 9 Uhr auf dem Rathause in Altensteig-Stadt versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 12. Mai 1932 in das Grundbuch eingetragen.

Bei Zwangsvollstreckungen findet in der Regel nur ein Termin statt.

Altensteig, 18. Oktober 1932. 1005
Kommissär: Bezirksnotar Zü r n.

Fliegende Blätter

und Meggendorfer Blätter sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

„Immer mit der Zeit schreitend und für die Zeit“
„Eine Quelle herzerquickenden Frohsinns.“
Wöchentlich eine reichhaltige Nummer.
Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden

Bestellung u. nimmt entgegen

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold

Schwerhörig und doch gut hören

Können Sie wieder durch Benutzung des ärgst. empfohlenen und bewährten „Zach- u. Kisth.“ Billig, unauffällig, leichte Zahlungsbedingungen.

Unter schmerzloser Sachverständiger Beratung Sie kostenlos in unseren Sprechstunden besuchen Sie diese in Ihrem elsern Interesse, damit Ihnen das schlaue Gehör des Wiederhörens nicht entgeht. Besuchen Sie Ihre Lebenshoffnung auf unsere unverändl. Sprechstunden hin. Wenn am Besuch verhindert, senden Sie Prospekt 3 gratis von der Alt Spey, Fabrik: Deutsche Musik-Ges. m. b. H. Berlin Reinickendorf. Wir erwarten Sie: am 21. Okt. in Nagold, Gasthof zum „Schwan“, von 1/2-1 Uhr und in Calw, Hotel „Adler“, von 1/2-7 Uhr.

Gefährlich ist's

auf einem Boden zu gehen, der mit einer tiefen Wachsdecke eingestrichelt wurde, verwenden Sie deshalb das nach wischbare KINESSA-Bohnerwachs, denn diese Parfett- und Linoleumwachs wird nur hauchdünn aufgetragen. Eine Pfunddose gibt 5-6 Zimmer (ca 8 qm) herrlichen, trittfesten Spiegelglanz, der wochen- u. monatelang hält. Verschleißige und sparsame Hausfrauen verwenden nur das wasserempfindliche



KINESSA

BOHNER-WACHS

Stadt-Druggerie Rudolf Hoffacker, Wildberg: G. Eberhard.

Hochdorf OA. Horb, 19. Okt. 1932



Todes-Anzeige

Schmerz erfüllt geben wir die traurige Nachricht, daß unser herzensguter Vater, Bruder, Schwieger- und Großvater

Albert Roller

Kaufmann

heute vormittag im Alter von nahezu 66 Jahren von seinem Leiden durch einen sanften Tod erlöst wurde.

In tiefer Trauer

die Kinder: Richard Roller mit Frau Rosa, geb. Busch
Otto Roller mit Frau Helene, geb. Schmid und Sohn Alfred
Lina Walz Wwe. mit Sohn Otto

Die Beerdigung findet am Samstag, den 22. Okt., nachm. 2 Uhr statt

Wenden, den 19. Okt. 1932



Trauer-Anzeige

Heute früh 10 Uhr wurde unser guter Vater und Großvater

Jakob Bauer

Schreinermeister

im Alter von 71 Jahren von langem, schwerem Leiden erlöst.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Freitag, 21. Okt., nachm. 2 Uhr.

Das neue Gesellschaftsspiel

Neu! *Tag wie über Nacht!* Neu!

Preis Mk. 1.50
stets vorrätig in der
Buchhandlung G. W. Zaiser - Nagold

Warum

abst es so viele schwerw. Krankheiten?

Weil sie den Wert der Gesundheit zu spät erkennen und nicht rechtzeitig dafür sorgen, dieses höchste Gut zu erhalten. Befolgen Sie doch den Rat berühmter Männer der Wissenschaft und trinken Sie, wenn Sie gesund bleiben oder werden wollen jetzt im Herbst eine der 4 Sorten des seit Jahren berühmten

„Röhner Gebirgs-Kräuter-Tee“

Nr. 1 Gegen Gicht, Rheumatismus, Nchias, Herzschwäche, Arterienverkrüftung, Magen- und Darmbeschwerden, Appetitlosigkeit, Nieren- und Blasenleiden usw.

Nr. 2 Gegen Neurostik, Bleichsucht, Kopfschmerzen, Hämorrhoiden, Krampfadern, geschw. Beine, Wasser sucht, Fettleibigkeit etc.

Nr. 3 Gegen Grippe, Husten, Verschleimung, Bronchialkatarrh, Asthma, Lungenleiden etc.

Nr. 4 Zur Blutreinigung und Verbesserung gegen Schlaflosigkeit, Verstopfung und Hautunreinigkeiten.

Verlangen Sie ausdrücklich „Röhner Gebirgs-Kräuter-Tee“, denn er ist trotz seiner im In- und Ausland anerkannten Heilwirkung sehr wohl schmeckend u. billig. Er hat Tausenden geholfen und hilft auch Ihnen. Zu haben in Nagold in der Apotheke.

MATE-GOLD

der Wundertee, bei Ischias, Gicht, Rheumatismus, und Nervenleiden. Gesund auch für Gesunde. 35.70, 130 Pf.

MATE-GOLD bei:
Reformhaus Harr
Nagold. 1076

LUGER

frische Seefische eingetroffen 1000

Prima Fischfilet Pfund — 30

Grüne Heringe zum Backen Pfund — 23

Büchlinge Pfund — 28

Fischgerichte geben ein preiswertes und nahrhaftes Mittagessen

1 Ladenkaffe
2 Warenkörbe
4 elektrische Lampen
einige Sortimenthaften versch. Einrichtungsgegenstände

1 geb. Kinderwagen billig zu verkaufen im Kultrag 1081

Bekleidungshaus Rapp
Kreuzstraße 3

Lehrlingsgesuch
Lehrling mit guter Zeugnisausstattung gesucht für sofort oder später
Christian Dieb, Malermeister
Freudenstadt
Fischpoststraße 24

Nagold

Tonfilm-Theater

Ab heute Abend 8.15



Der große Ufa-Tonfilm der vaterländischen Geschichte.

Ein großes Erleben für Millionen Deutscher.

Sowie köstliches Beiprogramm Die Bauernhochzeit und Neueste Wochenschau. 1090



der gebrauchsfertige Raupenleimring D.R.P. 499989

ausreichend f. ca. 15 Bäume zu Mk. 1.25 vorrätig bei

G. W. Zaiser, Nagold, Marktstrasse

Von heute mittag ab schönes 1096

Filderkraut

per Zentner Mk. 2.—

Keck & Löhler

Desselfbronn.
Zirfa 100 Ztr.

Zuckerrüben

hat billigt abgegeben
Johannes Maurer
b. „Dach“. 1308

Stadtpflege Nagold.
Zu vergeben ist eine

Schulputzerin-Stelle

im Roten Schulhaus. Interessentinnen wollen sich bis spätestens 25. d. Mts. bei der Stadtpflege melden. 1084

Morgen Freitag frische 1134



Seefische

Wilhelm Frey

Bis 31. Oktober

Totalausverkauf!

Herrenhüte (Inhaberbefond. bessere Haarbüte)

Kindermützen
Anzüge für das Alter von 16-20 Jahren
Mäntel
Hemden in noch größerer Auswahl, sowohl Tricot wie Zephyr

Unterjachen 1082
Windjachen in kl. Größ.
Sporthosen
Lange Hosen

besuchen Sie die nie wiederkehrende Gelegenheit zu Ihren Einkäufen!

Bekleidungshaus Rapp
Neuestraße

LUGER

Trauben

zur Kost u. Hausweindarstellung eingetroffen

Zentner 12.50 netto Gewicht

Wer nicht injertiert kommt bei der Rundschau in Vergessenheit.